

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 30 Berlin und Bonn

1. April 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

**Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz (BS)** "Bevölkerungsschutz" ist ein bekanntes Thema. Die Bedeutung des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes ist inzwischen allseits klar geworden. Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, wie wichtig die Digitalisierung, die Prävention und ein modernes Krisenmanagements sind. In diesen Gebieten nimmt Deutschland wahrlich keine Vorreiterrolle ein. Die klassische Stabsarbeit mit dem bewährten Vierfach-Vordruck (hellblau - hellgrün - fahl-gelb und weiß) erfordert Erkenntnisse und Schulungen. Meines Erachtens müssen wir umschwenken auf Stabsarbeit im Stil eines ressortübergreifenden Projektmanagements mit klaren Hierarchien und Verantwortlichkeiten. Hier sind alle Akteure auf Ebene der Kommunen, der Kreise, der Länder und des Bundes gefordert. Solange unsere Erfahrungen frisch sind, müssen wir die richtigen Konsequenzen ziehen!

#### Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

#### Inhalt/Themen

[Fokus: Digitale Einsatztechnologien 3](#)

[Stufenplan zum Präsenzbetrieb..... 5](#)

[BBK als Arbeitsmuskel..... 6](#)

[Woran hapert die Impforganisation. 7](#)

## Erste Erfahrungen aus der Corona-Krise



Zum Digitalen Katastrophenschutz-Kongress hatten sich über 500 Experten angemeldet.

Screenshot: BS/Klawon

(BS) Zwar ist es für ein "Lessons learned" zu früh, aber erste Erfahrungen lassen sich nach 14 Monaten Corona-Pandemie identifizieren. Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr konnte in der momentanen Lage vieles erfolgreich umsetzen, jedoch besteht Handlungsbedarf.

"Wir wären bisher nicht so gut durch die Pandemie gekommen, hätte es nicht die tausenden ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes gegeben", zeigt sich Stephan Mayer (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister, überzeugt. Als eine wichtige Konsequenz aus der Pandemie sieht er die Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). "Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden kann", so Mayer. Besonders die Stärkung des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes sei maßgeblich. Dort seien Vorhaltungen im Hinblick auf kommende Pandemien zielführend. Bisher war das BBK nur dem Namen nach für den Bevölkerungsschutz zuständig, stimmt Dr. Thomas Herzog, Vizepräsident des Amtes, zu. Dies werde mit

der Neuausrichtung korrigiert. Ebenso bezeichnet der Staatssekretär den Abbau der Sireneninfrastruktur in den Neunzigern als großen Fehler. Die Warnung müsse besser werden. Momentan sei das alles entscheidende Thema jedoch die Impforganisation. Mayer ist sich sicher, dass ab Mai die Impfkampagne an Geschwindigkeit gewinne. (Mehr zum Thema Impforganisation findet sich auf Seite 7.)

"Schwarze Schwäne sind Realität", sagt Prof. Dr. Wolf-Dieter Lukas, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). "Corona ist auch eine Warnung für die Zukunft. Je komplexer ein System ist, desto anfälliger ist es", sagt Lukas. Auch das BMBF müsse kritisch reflektieren, was seine Bemühungen im Katastrophenschutz angeht. Die Entwicklung von PCR-Tests und Impfstoffen in Deutschland hätten gezeigt, dass die Forschungsbemühungen sehr erfolgreich gewesen seien und man sich auf die Vorarbeiten stützen konnte, dennoch gebe es Verbesserungspotenzial.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Das Problem aus Sicht von Lukas: Die guten Forschungsergebnisse im Katastrophenschutz kämen nicht in der Fläche an. Es brauche eine viel bessere Koordination zwischen den Kommunen, den Ländern und dem Bund. Die Umsetzung der Ergebnisse scheitere häufig an der Finanzierung und an der fehlenden Skalierung. Dies habe zur Folge, dass häufig sich nur Partner an Projekten beteiligen, die sie auch mitentwickelt haben. Die Lösung wäre in eine frühere Einbindung der Anwender in die Forschung.

Man könne eher von "Lessons identified" sprechen, meint Sabine Lackner, Vize-Präsidentin des Technischen Hilfswerks (THW). Das THW kenne zwar Krisen, aber die Pandemie stellte andere Anforderungen, wie den Schutz der Kräfte und die digitale Ausbildung, an die Organisation. Die Pandemie habe zwar eine disruptive Wirkung gehabt. Sie führte dennoch zu großer Kreativität in den Ortsverbänden.

Aber nicht nur in Deutschland kamen die Stärken und Schwächen in der Pandemie ans Licht. Auch in der Schweiz geriet das Hilfeleistungssystem an seine Grenzen. Die Koordination zwischen den einzelnen Kantonen und der schweizerischen Bundesführung gestaltete sich langwierig, berichtet Staatsrat Norman Gobbi, Präsident der Regierungskonferenz für Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF). Die Plattformen zum Austausch und zur Koordination müssten stark verbessert werden.

**Aufbau eines "Territorial Hub"**

Die Idee einer organisationsübergreifenden Plattform zur besseren Koordination und einer Bündelung von funktionierenden Konzepten hat man auch bei der deutschen Bundeswehr aufgegriffen. Die rund 12.000 Soldatinnen und Soldaten leisteten in mehr als 5.000 Einsätzen als "Helfende Hände" Amtshilfe. Auch beim Aufbau von Impfzentren wurden die Bundeswehrangehörigen tätig. Bei seinen Besichtigungen der Zentren stellte Generalmajor Carsten Breuer, Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr (KdoTerrAuf-

gBw) fest, dass alle Zentren zwar gut aufgebaut gewesen seien, aber alle seien unterschiedlich gewesen. "Jedes Mal wurde das Rad neu erfunden", so Breuer.

Als Konsequenz baut deshalb die Bundeswehr einen "Territorial Hub" auf. Dabei handelt es sich um eine Plattform, auf die alle Akteure des Bevölkerungsschutzes zugreifen sollen und funktionierende Lösungen austauschen können, damit nicht immer bei null angefangen werden muss.

**"Der Markt richtet es alleine nicht"**

Auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) konnte in der Pandemie Erfahrungen aus der Vergangenheit nutzen. Jedoch habe man schon jetzt weitere "Lessons learned", sagt Björn Stahlhut, kommissarischer Teamleiter Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz beim DRK. Schon bei der Ebola-Epidemie in Teilen Afrikas konnte die Erfahrung gemacht werden, dass die Fokussierung auf nur eine Erkrankung zu weiteren Problemen bei der Gesundheitsversorgung führe. Es müsste deswegen das gesamte Gesundheitssystem wesentlich resilienter aufgestellt werden.

So müssen die Katastrophenschutzbevorzugungen stärker auf die Thematik der pandemischen Lagen mit nationaler Tragweite aufgestellt werden. Die Corona-Pandemie zeige, dass diese Lagen wesentlich länger als andere Katastrophenlagen sind. Bisher sei der deutsche Katastrophenschutz nur auf kurze Einsatzlagen von wenigen Tagen vorbereitet gewesen. Es reicht nicht medizinisches Material erst anzuschaffen, wenn die Lage da ist. "Der Markt richtet es alleine nicht", betont der Rotkreuzler. Es



Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die virtuelle Ausstellung. Hier der THW-Infostand.

Foto: BS/Giessen

droht in langen Lagen eine Überlastung der Märkte, wie im Frühjahr 2020 geschehen. Stahlhut befürchtet sonst bei zukünftigen Pandemien: "Sonst werden wir wieder nur Zuschauer sein." Ebenso müssten die Krankenhausstrukturen gestärkt werden, damit Intensivstationen entlastet werden. Dies beinhaltet Planungen für die Quarantäne von größeren Menschengruppen sowie Patientenverlegungskonzepte. Dies muss geplant und auch geübt werden.

Als weitere Lehre müsste die Einbeziehung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen in langen Lagen gesetzlich abgesichert und vereinfacht werden. Dies kann durch eine Verbesserung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, den Abbau von bürokratischen Hürden und der Helfergleichstellung geschehen. Schlussendlich können Hilfsorganisationen jedoch nicht alles leisten. Es braucht eine Stärkung der Resilienz der Bevölkerung.

## Digitale Einsatztechnologien als Arbeitserleichterung

(BS) Im Zuge der Corona-Krise haben IT-Angriffe auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS) zugenommen. Alle Institutionen, die nicht unter das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 fallen, können die Angriffe dafür "selbst lösen". In der Moderationsrunde "IT in der Infektionsschutzlage" plädierte Holger Berens, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes für den Schutz Kritischer Infrastrukturen e.V. (BSKI), für eine höhere Aufmerksamkeit der IT-Sicherheit, vor allem im Hinblick der aktuell bestehenden Infektionsschutzlage.

Die Leiterin des BSKI Nord, Miriam Schnürer, bestätigt die Entwicklung und warnt vor weiteren IT-Angriffen auf Kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser. Sie benötigen besondere Vorbereitung beim IT-Schutz. Beispielhaft nennt Schnürer den Cyber-Angriff auf die Uniklinik Düsseldorf im September 2020. Krankenhäuser sind für Hacker besonders interessant, weil sie besonders schützenswerte und sensible Daten speichern. Nach Schnürer sind diese oft im Darknet mehr wert als Kreditkarteninformationen. Weiterhin problematisch ist die Kommunikation zwischen Pflegepersonal und IT-Spezialisten. Hier sollte die Zusammenarbeit gestärkt werden. Besonders Ärztinnen und Ärzte werden mitunter in die IT-Arbeit eingebunden und fühlen sich in dieser Aufgabe überfordert, so die Leiterin des BSKI Nord.

Stefan Bächer, Gründer des Tech-Unternehmens digitalDefense, kritisiert vor allem die Ausschreibungsverfahren bei der IT: "Die Expertisen sind hier nicht klar definiert. Bei Unklarheiten entstehen oft viele Rückfragen, die aufgrund des Zeitdrucks nicht ausreichend beantwortet werden können, und mit dem Kostendruck wird sich für eine Lösung entschieden, die von der IT nicht favorisiert wird." In diesem Kontext fordert er eine bessere Verzahnung von Politik, Beschaffung und der IT-Landschaft.

### KI als Hoffnungsträger

Eine Möglichkeit, wie der digitale Einsatz in Kliniken verbessert werden kann, liefert die Künstliche Intelligenz (KI). Hier sind vielseitige Einsatzmöglichkeiten vorstellbar. Bereits jetzt nutzt die Diagnostik KI

zur Bilderkennung, um beispielsweise Corona-Symptome zu erkennen. Ein anderer Erkenntnisgewinn ist die Zusammenlegung von Krankenberichten, um Muster und Zusammenhänge frühzeitig analysieren zu können. Maximilian Rückert, Referatsleiter für Digitalisierung und Politik der Hans-Seidel-Stiftung (HSS), weist darauf hin, dass das Potential zwar da ist, aber

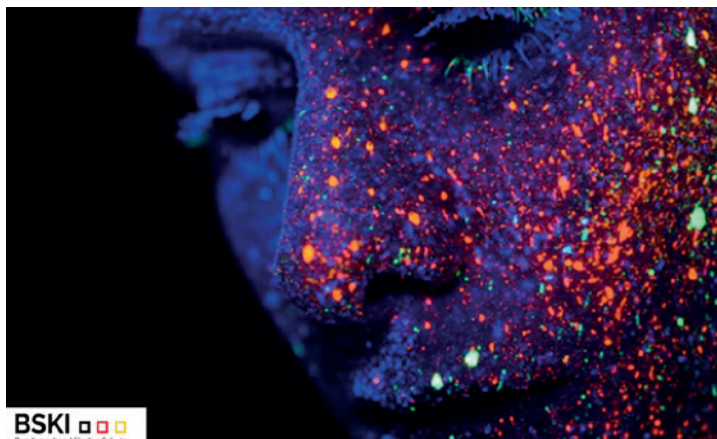
noch nicht ausreichend genutzt wird. Auch im Bereich der Pandemiebekämpfung hat sich die KI als probates Mittel erwiesen. So können Übertragungswege nachvollzogen und Mobilitätsmuster entwickelt werden.

### KI-Einsatz nicht immer komplex

Aber KI ist nicht immer derart komplex: "Bereits einfache Chatbot-Anwendungen, die zeitgleich Fragen beantworten können, nutzen Künstliche Intelligenz. Bisher werden die aber nur in verschwindend geringem Maße eingesetzt", so Rückert.

Aleksander Stojanovic, Vorstandsvorsitzender des IT-Dienstleisters AVA, sieht weitere Nutzungsmöglichkeiten. So konnte man in Abwasserleitungen Rückstände der RNA von Corona-Viren feststellen, die eine Clusteranalyse ermöglichen und eine Isolation zielgerichteter gestalten können. Auch Marktverläufe können durch KI analysiert werden: "Wenn der Verkauf von Waffen oder meinetwegen auch Masken in einer Region zu- oder abnimmt, können Rückschlüsse auf Konfliktregionen oder Versorgungslagen getroffen werden, das ist schon hilfreich", so Stojanovic.

Problematisch bleibt wie immer der Datenschutz. Ab Juli soll so die elektronische Patientenakte flächendeckend eingeführt werden. Ob die Bevölkerung bis dahin be-



BSKI  
Bundesverband für den Schutz

Die Aufgabe des Bundesverbandes für den Schutz Kritischer Infrastrukturen e.V. (BSKI) ist es, ganzheitliche Schutzkonzepte für Betreiber von Kritischen Infrastrukturen zu etablieren. Krankenhäuser sind einer der lukrativsten Angriffsziele für Cyber-Attacken und deshalb besonders schutzbedürftig.

Foto: BS/Miriam Schnürer

reit ist, digitale Gesundheitsdaten freizugeben, ist fragwürdig. Des Weiteren ist in vielen Köpfen noch die düstere Seite der KI präsent: Sie schluckt unsere Daten und prüft, ob wir kreditwürdig sind.

### Katastrophenschutz braucht bewährte und einfache Prozesse und Technologien

Ein Bereich, in der die Nutzung von KI noch verbesserungswürdig ist, ist die Feuerwehr. Jochen Stein, Leitender Städtischer Branddirektor der Stadt Bonn und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund), sieht die Feuerwehr immer noch in einem analogen Arbeitsumfeld "und dabei wird es auch bleiben".

Auch wenn die rettungsdienstliche Versorgung durch digitale Techniken unterstützt wird und die Leitstellen digitalisiert wurden, gibt es "trotzdem noch Telefone und Papierlösungen für die Rückfallebene". Stein ist bei der Nutzung von KI lieber etwas vorsichtiger: "Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz brauchen bewährte und einfache Prozesse und Technologien. Sie müssen immer funktionieren." Nichtsdestotrotz weiß der Brandleiter um die Vorteile der Digitalisierung. Davor möchte er sich auch nicht verschließen.

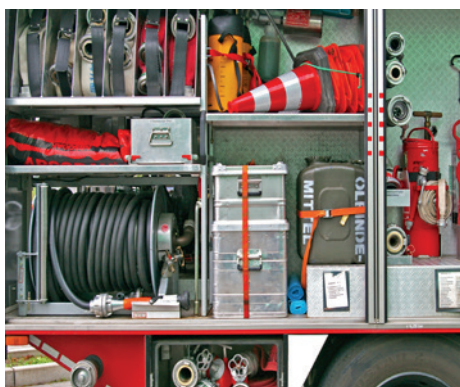
## Zu wenig Umsetzung in die Praxis

(BS) Ergebnisse von Forschungsprojekten werden noch zu selten tatsächlich in die Einsatzpraxis der nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) überführt. Hier brauche es mehr Praxisnähe und -erprobung.

Nach dem Ende der finanziellen Förderung von Forschungsprojekten dürfe nicht einfach nur ein Abschlussbericht verfasst werden, der dann im schlimmsten Fall schlicht in einer Schublade verschwinde, meint Klaus-Dieter Kühn. Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (ARKAT) verlangt zudem eine stärkere Einbeziehung

der Sicherheitswirtschaft in derartige Forschungsvorhaben. Denn eine moderne und sichere Ausrüstung sei – ebenso wie effektive analoge und digitale Warnwege – für die Einsatzkräfte sowie die Attraktivität des Ehrenamtes von erheblicher Bedeutung. Hierfür müsse man allerdings wegkommen von Einzellösungen, die nur in einigen Regionen genutzt würden.

Es brauche vielmehr eine bessere, flächendeckende Ausstattung. Diesbezüglich sieht Kühn das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) stärker als bislang in der Pflicht. Um dieser nachkommen zu können, brauche die Behörde jedoch mehr Personal und höhere Finanzmittel.



Feuerwehrlaute, aber auch alle anderen Angehörigen der nichtpolizeilichen BOS sind auf eine moderne und sichere Ausrüstung angewiesen. Bei der Verknüpfung zwischen Theorie, Forschung und Praxisanwendung ist hier allerdings noch einiges zu tun.

Foto: BS/Kerstin Riemer, [pixabay.com](https://pixabay.com)

### Schnelleres Reagieren möglich

Mit maßgeschneiderten mobilen Lösungen für BOS-Kräfte ließen sich etwa Reaktionszeiten verringern, ergänzt der Senior Account Manager New Markets – DACH der Zebra Technologies Germany GmbH, Michael Fertig. Für entscheidend hält er zudem die Robustheit der Geräte, zu denen neben Tablets und mobilen Computern auch Smartphones sowie mobile Scanner und Drucker gehören. Sie müssten etwa eine hohe Fallfestigkeit, Schutz gegen Wasser sowie eine lange Lebensdauer aufweisen, um einen Mehrwert für die BOS zu haben. Auch dürfe es keine Medienbrüche geben, unterstrich Fertig auf dem Digitalen Katastrophenschutzkongress des Behörden Spiegel.

## Infobox

### Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

#### [Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 29. März:](#)

- Russische Navigation in deutschen Kriegsschiffen?
- Gesundheit: Eine Frage der Sicherheit

#### [Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 29. März:](#)

- Licht und Schatten bei der Novelle des Bundespolizeigesetzes
- Grüne wollen Europol aufwerten und stärken
- BDBOS hat Network Management Center übernommen

#### [Podcast "Public Sector Insider" vom 30. März:](#)

- Kriminaldirektor Michael Esser zu Ermittlungen bei Kindesmissbrauch
- Kein Zapfenstreich
- Umstrittene ÖPPs

#### [Newsletter "E-Government, Informati- onstechnologie und Politik" vom 31. März:](#)

- Datenschutz unter Druck
- Einsatz künftig nur noch auf dienstlichen Endgeräten
- Bundesdruckerei erhält Zertifizierung

DIGITALER STAAT  
**WEBINAR.**

### Spot|on|OZG: OZG-Umsetzung –

Aktuelle rechtliche Herausforderungen und Lösungsansätze

Donnerstag, 15. April, 9:30 – 11:00 Uhr



**Ernst Bürger**  
Leiter „Digitale Verwaltung: Steuerung OZG“, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)



**Dr. Cornelius Böllhoff**  
Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei Redeker Sellner Dahs



**Dr. Michael Winkelmüller**  
Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei Redeker Sellner Dahs



**Dr. Matthias Ganske**  
Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei Redeker Sellner Dahs



**Sabine Wildfeuer**  
Rechtsanwältin und Partnerin der Kanzlei Redeker Sellner Dahs



## Stufenplan zur Wiederaufnahme des Präsenzdienstes

(BS) Das Innenministerium in Kiel hat in Absprache mit dem Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein (LFV SH) seine Empfehlungen zur Wiederaufnahme des Präsenzdienstes der Feuerwehren sowie der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes aktualisiert. Der Stufenplan orientiert sich an der angewandten Regelung aus dem vergangenen Frühjahr.

Die Empfehlung sieht drei Stufen vor, die sich an den durchschnittlichen regionalen Inzidenzwerten orientieren, die die jeweiligen zuständigen Gesundheitsbehörden ermitteln. Mit der Empfehlung seien regionale, an die Infektionsentwicklung angepasste Regelungen möglich, heißt es aus dem Innenministerium.

Bei einem Inzidenzwert zwischen 50 und 100 empfiehlt das Innenministerium, dass Übungs- und Ausbildungsveranstaltungen maximal in Gruppenstärke abgehalten werden. Während des Dienstes sollen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine medizinische Mund-Nasen-Bedeckung und die allgemeinen Hygieneregeln einhalten. Auf einen gemütlichen Dienstausklang soll verzichtet werden. Ab Stufe Zwei, einem

Inzidenzwert zwischen 35 und 50, können Übungen mit maximal zwei Gruppen unter Einbehaltung der üblichen Hygieneregeln absolviert werden. Bei einem Inzidenzwert von weniger als 35 empfiehlt das Ministerium Dienste mit maximal 40 Teilnehmern. Dennoch sind alle weiteren Regeln, die Hygiene und Maskentragpflicht betreffen, beizubehalten.

### Empfehlungen gelten auch für Jugendfeuerwehren

Bei allen Stufen ist eine Anwesenheitsliste zu führen. Die Empfehlungen erstrecken sich außerdem auch auf Dienste der Jugend- und Kinderfeuerwehren. Dafür werden jedoch eine feste Gruppenzuteilung und eine maximale Gruppengröße von zehn Personen vorausgesetzt. Die endgültige Entscheidung über den Dienstbetrieb haben jedoch die jeweiligen Träger der Feuerwehr in Abstimmung mit der zuständigen unteren Katastrophenschutzbehörde.

"Die Feuerwehren arbeiteten auch in Zeiten des Lockdowns mit einem hohen Ausbildungsstand und mit viel Professionalität die anfallenden Einsätze ab. Zu keinem Zeit-



Mit einem Stufenplan empfiehlt das schleswig-holsteinische Innenministerium die Wiederaufnahme des Dienstbetriebes bei Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten.

Foto: BS/Gerd Altmann, [pixabay.com](https://pixabay.com)

punkt war die Einsatzfähigkeit gefährdet. Aber Feuerwehrdienst lebt vom Miteinander und dem persönlichen Austausch. Und nach dem zweiten Lockdown und einem eingeschränkten Dienst im Sommer 2020 schieben wir nunmehr einen riesigen Berg an Fortbildungen, Grundausbildungen und nötigen praktischen Übungen vor uns her, den es nun abzubauen gilt", erklärte Landesbrandmeister Frank Homrich zu den Empfehlungen.

## Forderung nach digitaler Nachverfolgung

(BS) Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) fordert eine schnelle app-



Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen fordert den Einzug der Digitalisierung in die Kontaktnachverfolgung per mobiler App.

Foto: BS/ijmaki, [pixabay.com](https://pixabay.com)

basierte Lösung zur Nachverfolgung von Kontakten in der Corona-Pandemie. Damit sollen Lebensbereiche wie Kultur, Sport, Gastronomie, Freizeit und Handel wieder so weit wie möglich zugänglich gemacht werden.

"Für eine nachhaltige Öffnungsstrategie ist die digitale Kontaktnachverfolgung ein Muss", unterstreicht der Präsident des LKT NRW und Landrat des Kreises Mettmann, Thomas Hendele (CDU), die Forderung nach der baldigen Entwicklung einer effektiven App.

### Schnelle Lösung von Landesregierung gefordert

Bereits im Dezember des vergangenen Jahres hatte der Landkreistag sich dazu mit dem Digitalisierungsministerium ausgetauscht. Die Landesregierung des bevöl-

kerungsreichsten Bundeslandes solle nun eine schnelle Lösung etablieren. Dabei berufen sich die Landräte darauf, dass es in anderen Bundesländern bereits zentral lizenzierte App-Lösungen gäbe, die eine Datenübertragung an die Gesundheitsämter ermöglichen. Bei der Entwicklung solle vor allem auf Nutzerfreundlichkeit und die Kompatibilität mit verschiedenen Systemen Wert gelegt werden. Die App soll dazu dienen, in gewissem Maß den Zugang zu Möglichkeiten der Freizeitgestaltung wiederzuerlangen.

Auch der Status der Impf-Strategie ist beim LKT NRW ein Thema. "Die Infrastruktur für ein schnelles Impfangebot steht schon seit vier Monaten, aber ohne Impfstoff kann nicht schnell geimpft werden", kommentiert Hendele die geringe Auslastung der Impfzentren.

## BBK als "Arbeitsmuskel"

(BS) Der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Armin Schuster, will seine Behörde neu ausrichten. Sie soll zum "Arbeitsmuskel" und Service-Dienstleister für andere Bundesressorts werden. Zugleich soll die eigene Bevorratung ausgeweitet werden.

Das gelte besonders für Sanitätsmaterial sowie den CBRN-Bereich, so Schuster. Darüber hinaus ist der Bau eines Entwicklungs- und Erprobungszentrums für Fahrzeuge in Bonn geplant. Zudem will der BBK-Präsident die Ausbildung zur Ersten Hilfe sowie zu Pflegehelfern reaktivieren beziehungsweise intensivieren und Spontanhelfer besser einbinden. Hierzu wolle seine Bundesoberbehörde mit den Hilfsorganisationen kooperieren, um Interessierte schnell an die richtige Stelle zu vermitteln. Das BBK, das derzeit über rund 360 Mitarbeiter verfügt, soll außerdem zu einer "lessons-learned-Behörde" werden. Dazu finde bereits – zusammen mit dem Robert Koch-Institut (RKI) – eine Evaluation der Co-

rona-Pandemie statt. Des Weiteren würden derzeit die Medizinischen und Analytischen Task Forces gestärkt, berichtet Schuster.

### Gesetzliche Verpflichtung vonnöten

Dies alles seien richtige und wichtige Schritte, meint Dr. Irene Mihalic. Das grundlegende Problem im Bevölkerungsschutz ist aus Sicht der Innenpolitischen Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion jedoch, dass die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund freiwillig erfolge. Das habe zur Folge, dass nicht immer alle Informationen oder nur veraltete Daten beim Bund ankämen. Hier brauche es eine gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit. Auch das geplante Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz bedürfe einer gesetzlichen Grundlage. Aus Sicht der Grünen wäre hier auch eine Grundgesetzänderung sinnvoll.

Hilfreich seien zudem das Denken in Netzwerken sowie gemeinsame Übungen von Akteuren aus dem (öffentlichen) Gesundheitsbereich sowie dem Katastrophen- beziehungsweise Bevölkerungsschutz, findet



Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Armin Schuster, sieht seine Bundesoberbehörde als "Arbeitsmuskel".

Foto: BS/Bildkraftwerk, Jürgen Schulzki

Dr. Ute Teichert. Vom Bund verlangt die Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) eine Beteiligung an der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen. Momentan handele es sich dabei ausschließlich um eine länderübergreifende Einrichtung.

## Fähigkeiten von Einsatzfahrzeugen getestet

(BS) Welcher Reifentyp ist für Einsatzfahrten im unwegsamen Gelände am besten geeignet? Welche Eigenschaften muss ein Einsatzfahrzeug mitbringen, um auch bei einem aufgeweichten Untergrund schnell voranzukommen? Um diese Fragen zu klären, führte das Bundesamt für Bevölke-



Ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) überprüft ein Fahrzeug während der Erprobungsveranstaltung.

Foto: BS/BBK

rungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehrere Erprobungen durch. Die Ergebnisse sollen bei zukünftigen Beschaffungen die Auswahl der richtigen Allrad- und Geländetechnik unterstützen. Auf dem Übungsplatz Schavener Heide führten das Zentrum Kraftfahrwesen der Bundeswehr (ZKfBw), das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern (BeschA) sowie Hilfsorganisationen und mehrere Feuerwehren unterschiedliche Erprobungsfahrten durch. Die Erkenntnisse sollen unter anderem in die weitere Aufstellung der Medizinischen Task Force (MTF) einfließen. Die MTF ist eine bundesweit im Aufbau befindliche arztbesetzte sanitätsdienstlich taktische Einsatzabteilung mit Spezialfähigkeiten im Zivilschutz und der bundeslandübergreifenden Katastrophenhilfe des Bundesinnenministeriums (BMI). Die Konzeptentwicklung und Bereitstellung der Ausstattung werden durch das BBK geleistet.

## Risikokarten erneuert

(BS) Die Hochwasserrisikomanagementpläne der Flussgebietseinheiten Maas und Rhein in Nordrhein-Westfalen wurden aktualisiert. Die entworfenen Pläne können nun von Bürgerinnen und Bürgern online eingesehen und kommentiert werden.

Die Hochwasserrisikomanagementpläne dokumentieren für alle Gewässer im Regierungsbezirk Köln, bei denen die Gefahr von Hochwasserschäden besteht, alle Maßnahmen, die von den beteiligten Akteuren zur Senkung des Hochwasserrisiko ergriffen werden. Auf regionaler Ebene haben dazu die Akteure aus Katastrophenschutz, Wasserwirtschaft, Raumplanung, Bauleitplanung, Ver- und Entsorgung, Denkmalschutz und Wirtschaft gemeinsam ein Maßnahmenpaket erstellt.

Die Pläne und die Begleitdokumente finden sich auf der Seite [Beteiligung-Online](#) des Landes NRW und auf der [Seite der Bezirksregierung Köln](#).

## Woran hapert die Impforganisation?

(BS) Täglich wandert der besorgte Blick auf zwei Zahlen vom Robert Koch-Institut (RKI): auf die Infektionszahlen des Corona-Virus und die Anzahl der verabreichten Corona-Schutzimpfungen. Während andere Staaten ordentlich Tempo bei den Impfungen machen, scheint die deutsche Impfkation nicht in Gang zukommen.

Das viel genutzte Beispiel für eine erfolgreiche Impfkampagne, Israel, eignet sich nicht so gut zum Vergleich, da sich dieses Land in einem permanenten Konflikt befindet und deswegen komplett andere Strukturen vorherrschen, gibt Dr. Johannes Richert, Stellvertreter des Generalsekretärs und Bereichsleiter Nationale Hilfsgesellschaft vom Deutschen Roten Kreuz (DRK), zu Bedenken. Dennoch liegen die Impfzahlen in den USA oder in Chile deutlich über den deutschen. Zu Beginn der Pandemie wollten andere Staaten noch von Deutschland lernen, nun sei das nicht mehr der Fall, berichtet Dr. Richert. Doch woran hapert die Impfororganisation in Deutschland?

### Verfügbarkeit weiterhin Schlüsselfrage

Man muss sich einiges ins Lehrbuch für die künftigen Pandemien schreiben, zeigt sich Heiko Rottmann-Großner, Unterabteilungsleiter 61 "Gesundheitssicherheit" im Bundesministerium für Gesundheit (BMG), überzeugt. Dennoch hänge Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarländern nicht besonders hinterher. Ein Grund für die stockende Impfkation liege nach Rottmann-Großner in der gemeinsamen Beschaffung sowie der Verfügbarkeit, der Lagerung, der Verteilung und der Verabreichung der Impfstoffe. "Dies sind immer noch die Schlüsselfragen", so Rottmann-Großner. Er wehrt sich jedoch gegen den Vorwurf, dass man zu spät Impfstoffe beschafft habe. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) habe zusammen mit anderen europäischen Kollegen die Beschaffungen sehr früh angestoßen. Problematisch waren die unterschiedlichen Interessen auf EU-Ebene. In Zukunft müsse mehr über sogenannte Kapazitätsverträge gesprochen werden. Auch eine frühere Einbeziehung von Hausärztinnen und -ärzten war nicht möglich, da lange



*Im Vergleich zu anderen Staaten ist Deutschland beim Impfen nur Mittelmaß. Die Gründe dafür sind vielfältig.*

Foto: BS/hakan german, [pixabay.com](https://pixabay.com)

nicht klar war, welcher Impfstoff das Rennen macht und ob Hausärzte diese Vakzine überhaupt lagern können. Auf dem Digitalen Katastrophenschutz-Kongress sprach sich deshalb Stephan Manke (SPD), Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium, für die Beschaffung des russischen Impfstoffs Sputnik V aus.

### Abbau der Bürokratie gefordert

Aus der Sicht von Gabriele Hörl, Leiterin im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMG), gibt es einen Hauptgrund für den holprigen Impfstart. Es läge nicht an der Verwaltung oder mangelnden Infrastruktur, sondern es läge daran, dass zu wenig Impfstoff vorhanden sei. Man betreibe eine Mangelverwaltung, so Hörl. Sie sieht besonders die Pharmaunternehmen in der Pflicht. Ein weiteres hausgemachtes Problem in den Impfzentren seien die Bürokratie und Dokumentationspflicht.

Dem stimmt Dipl.-Med. Ingrid Dänschel, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Mitglied des Bundesvorstands des Deutschen Hausärztesverbandes, zu. Sie fordert einen Abschied an die deutsche Gründlichkeit und dem Verlangen nach 100-prozentiger Sicherheit sowie Bürokratie, stattdessen braucht es pragmatische Lösungen. Sie führt als Beispiel an, dass bei der Impfaufklärung in einem Impfzentrum sechs Unterschriften getätigt werden müssten. Hier muss schnell Abhilfe vom Gesetzgeber geschaffen werden.

## Umfrage zu Drohnen

(BS) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erstellt einen "Statusbericht über den Einsatz von Drohnen im Bevölkerungsschutz in Deutschland". Damit soll ein Gesamtüberblick über den aktuellen Stand und die zukünftigen Entwicklungen beim Einsatz von Drohnen durch Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Bevölkerungsschutz gewonnen werden.

Zu diesem Zweck sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse verschiedener im Bevölkerungsschutz tätiger Organisationen und Verbände, die sich mit dem Thema Drohnen befassen, gesammelt werden. Die Rückmeldungen werden dazu genutzt, um die Potenziale und Herausforderungen dieses zukunftssträchtigen Themas zu erschließen und auszuwerten. Hierfür wurde eine Online-Umfrage erstellt, die sich insbesondere an alle drohnenführenden Einheiten der BOS in Deutschland richtet.

Die Umfrage ist bis zum 14. April um 18 Uhr freigeschaltet. Bei Interesse an einer Teilnahme wird um die Übersendung einer E-Mail an [drohnen@bbk.bund.de](mailto:drohnen@bbk.bund.de) gebeten. Interessierte erhalten dann einen Link zur Umfrage.

Erst im vergangenen Monat startete der Überarbeitungsprozess der "Empfehlungen für Gemeinsame Regelungen zum Einsatz von Drohnen im Bevölkerungsschutz" auf Initiative des BBK. Ein aktualisiertes Dokument wird gegen Ende 2021 bzw. Anfang 2022 erwartet. Die aktuellen Empfehlungen zum Drohneinsatz des Bundesamtes finden sich [hier](#).



*Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) führt eine Online-Umfrage zum Einsatz von Drohnen (Foto) durch.*

Foto: BS/Klawon

## App zur Impfstoffverträglichkeit entwickelt

(BS) Der IT-Dienstleister Materna hat zur Erhebung der Verträglichkeit von Corona-Impfstoffen die App "SaveVac 2.0" entwickelt. Mit dieser App sollen Daten zur Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe im Rahmen der Beobachtungsstudie des Paul Ehrlich-Instituts (PEI) erhoben werden.

Das PEI, das für die Überwachung der Arzneimittelsicherheit in Deutschland zuständig ist, erhält über die Applikation zeitnah quantitative Erkenntnisse zum Sicherheitsprofil der Corona-Impfstoffe und kann so in Echtzeit die Daten zur Wirksamkeit und Verträglichkeit der Vakzine auswerten. Dazu können die Impfungen über die App direkt

Angaben zur Impfverträglichkeit an das PEI übermitteln.

### Daten lokal verschlüsselt und keine Rückverfolgung möglich

SaveVac fragt per Push Nachricht innerhalb von vier Wochen nach der Impfung in festgelegten zeitlichen Abständen Nebenwirkungen der Impfung ab und erhebt nach sechs und zwölf Monaten nochmals den Gesundheitszustand der Nutzerinnen und Nutzer. Die Daten werden auf dem Smartphone lokal gespeichert und verschlüsselt. Dabei werden keine personenbezogenen Daten erhoben. Sie werden dann mit Zu-

fallsnummer an das Institut übermittelt. Die jeweiligen übermittelten Informationen können nicht zurückverfolgt werden.

Die Software wurde von Materna im Auftrag des PEI entwickelt und umgesetzt. Bei SaveVac 2.0 handelt es sich um eine Weiterentwicklung. Der IT-Dienstleister hatte schon vor zwei Jahren zusammen mit dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) und dem PEI die Vorgängerversion erstellt. SafeVac 1.0 diente zur Erfassung von Nebenwirkungen bei der saisonalen Gripeschutzimpfung.

Die App findet sich im App Store und im Google Play Store zum Download.

## PMeV-Vorstand bestätigt

(BS) Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Professioneller Mobilfunk (PMeV), die pandemiebedingt nur online stattfinden konnte, hat den Vorstandsvorsitz bestätigt. Bernhard Klinger von der Hytera Mobilfunk GmbH, der 2019 erstmals zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt wurde, amtiert mindestens zwei weitere Jahre.

Stellvertretender Vorsitzender und Finanzvorstand ist Konstantin Heinrich König von der Airbus Secure Land Communications GmbH. Neben König amtiert auch Volker Hartwein von der Frequentis Deutschland GmbH weiter als stellvertretender Vorsitzender. Darüber hinaus gehören dem

Vorstand weiterhin an: Axel Kukuk (Motorola Solutions Germany GmbH), Charly Lemberger (telent GmbH) und Peter Stroetmann (Seamcom GmbH & Co.KG).

Zur Positionierung des PMeV in den kommenden Jahren erklärt Bernhard Klinger: "Der Markt der einsatz- und sicherheitskritischen Kommunikation entwickelt sich 2021 und in den kommenden Jahren in hohem Tempo in Richtung Breitband weiter." Neue Spielregeln, neue Herausforderungen und neue Player prägten die Entwicklung. In diesem Umfeld wolle der Verband den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Man wolle die Erweiterung des Expertenspektrums vorantreiben sowie das Thema Breitband



Bernhard Klinger ist als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Professioneller Mobilfunk (PMeV) wiedergewählt worden.

Foto: BS/Hytera Mobilfunk

im Professionellen Mobilfunk national und international weiterentwickeln, so Klinger.

SERVICES DER CYBER AKADEMIE

### Komplettlösung für Ihre IT-Sicherheit

Technisch. Organisatorisch. Individuell.

**E-Learning. Phishing-Simulationen. IT-Notfallübungen. Pentests.**

**Details:**  
[www.cyber-akademie.de/services](http://www.cyber-akademie.de/services)

**Kontakt:**  
[info@cyber-akademie.de](mailto:info@cyber-akademie.de)



## Digitalpaket an THW gespendet

(BS) Der gemeinnützige Verein Siemens Caring Hands spendet 668 Tablets an die THW-Stiftung. Von der Spende soll jeder Ortsverband des Technischen Hilfswerks (THW) ein mobiles Endgerät erhalten. Siemens trägt nicht nur die Beschaffungskosten der Geräte, sondern auch einen Großteil der Lizenzgebühren für die Nutzung der Apps für mindestens drei Jahre.

Das Unternehmen stattet die Tablets mit cloud-basierten Apps aus und unterstützt bei der Inbetriebnahme der Geräte. Die Unterstützungsleistung umfasst rund 566.000 Euro. Weitere Kooperationen zwischen dem THW und Siemens Caring Hands seien in Planung.

Die cloud-basierten Apps werden von Mendix, einer Geschäftseinheit von Siemens Digital Industries, programmiert. Für die Entwicklung der Apps führt Siemens zusammen dem THW einen mehrstufigen Prozess durch. An dessen Ende sollen die Hilfskräfte selbstständig die Applikationen für eigene Bedürfnisse anpassen können. Unterstützend wird dazu Ende April ein von Siemens durchgeführter Hackathon veranstaltet. Ein mögliches Anwendungsfeld

könnte die Digitalisierung der Auftragsverwaltung sein. Das Projekt ist ein Bestandteil der Initiative PROGRESSUS der Stiftung THW. Die Initiative soll das THW Hilfswerk befähigen, mit Hilfe digitaler Lösungen effizienter, zielgerichteter und schneller helfen zu können. Siemens Caring Hands e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 von der Siemens AG gegründet wurde. Der Verein setzt sich für Opfer von Katastrophen ein und unterstützt die Förderung des Feuer-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie des öffentlichen Gesundheitswesens.

### Weiterer Schritt auf dem Weg zur digitalen Zukunft

Zur Initiative erklärte Prof. Dr. Christian Kaeser, Vorstandsvorsitzender von Siemens Caring Hands: "Mit den Spenden der Siemens AG sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern will Siemens Caring Hands helfen, die Folgen der Pandemie zu lindern. Insgesamt hat Siemens mit seinen Beschäftigten rund 15,5 Millionen Euro für diesen Zweck mobilisiert. Ich bin sehr dankbar, dass wir nun auch einen substantziellen Beitrag an das THW leisten können, welches



Siemens Caring Hands unterstützt das Technische Hilfswerk (THW) mit 668 Tablets und dazugehörigen Apps.

Foto: BS/Siemens

eine so wichtige Rolle in der Bekämpfung der Krise einnimmt." THW-Präsident Gerd Friedsam sagte zur Zusammenarbeit zwischen Siemens und der Hilfsorganisation: "Digitalisierung verändert die Gesellschaft, den Bevölkerungsschutz und somit auch das THW. Neue Gefährdungslagen erfordern innovative digital-strategische Ansätze. Die Förderung dieser Ansätze durch die Stiftung THW in Kooperation mit Siemens Caring Hands ist ein weiterer Schritt auf dem Weg des THW in die digitale Zukunft."

## Brandschutz in Sachsen-Anhalt gefördert

(BS) Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt erhalten bis 2023 rund 51 Millionen Euro an Fördermitteln zur Stärkung des Brandschutzes. Zusätzlich steht den Kom-



munen frei, die vom Land zugewiesenen Mittel für kommunale Investitionen für die Feuerwehren zu nutzen.

Foto: BS/Timo Klostermeier, [pixelio.de](https://www.pixelio.de)

Schon in diesem Jahr erhalten die Feuerwehren vom Land knapp zwölf Millionen Euro. In den zwei kommenden Jahren liegt die Förderung bei je über 13 Millionen Euro.

### Auch Mittel aus dem Wiederaufbaufond der EU stehen bereit

Ein Novum stellt die Förderung von Feuerwehrgerechtheusern und die Schaffung von Löschwasserentnahmestellen aus EU-Mitteln aus dem Wiederaufbaufond ELER mit einer Fördersumme von 100 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben dar. Das Geld aus diesem Fond wird in den Jahren 2022 und 2023 bereitstehen und rund zwölf Millionen Euro betragen. Gefördert werden können mit dem Geld aus dem Wiederauf-

baufond Gemeinden oder Gemeindeteile bis 10.000 Einwohner. Neben diesen Fördermitteln wird das Institut für Brand- und Katastrophenschutz (IBK) Heyrothsberge im gleichen Zeitraum mit 20,7 Millionen Euro bedacht.

"Wir setzen einen Schwerpunkt beim Thema Innere Sicherheit, indem wir die Feuerwehren, ohne die im Land nichts geht, finanziell unterstützen. Die Fördermittel kommen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zugute. Diese Investitionen verdeutlichen, welchen Stellenwert die Arbeit der Kameradinnen und Kameraden hat, die tagtäglich – vor allen Dingen im Ehrenamt – für unsere Gesellschaft Dienst tun. Dafür danke ich allen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern", erklärte dazu Sachsen-Anhalts Innenminister Michael Richter (CDU).



# WEBINAR

## Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

**23. Juni 2021, 09:30 Uhr – 17:30 Uhr, München**

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

**Günther Pinkenburg**, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

**Thomas Zawadke**, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: **[www.fuehrungskraefte-forum.de](http://www.fuehrungskraefte-forum.de)**; Suchwort „Feuerwehr“

*Falls die Veranstaltungen aufgrund der Pandemielage nicht vor Ort durchgeführt werden können, bieten wir die Inhalte in Rücksprache mit den Teilnehmenden am selben Tag virtuell an.*

### Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Michael Harbeke, Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.